

## DAS THEMA

# Massive Vorwürfe an Sicherheitsbehörden

Es wird immer offensichtlicher, dass „das neonazistische Terrornetzwerk NSU unterstützende Umfeld von staatlichen Informanten der Geheimdienste und der Polizei durchgesetzt gewesen ist“, so die Innenexpertin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag Martina Renner.

„Die bislang begründeten Vorwürfe gegenüber Sicherheitsbehörden, nicht wirklich nachhaltig alles für das Auffinden des so genannten Trios getan zu haben, erfahren eine weitere Zuspitzung. Dass erst jetzt bekannt wurde, dass Thomas S. mindestens das Berliner Landeskriminalamt mit Informationen versorgte, wirft dabei ein ganz anderes Licht sowohl auf die Aktenlöschungen im Bundesamt für den Verfassungsschutz als auch auf die bislang fehlende Umsetzung eines Beweisbeschlusses des Thüringer Untersuchungsausschusses durch die Landesregierung“, sagte Martina Renner.

Auf Antrag der Linksfraktion hat der Untersuchungsausschuss in Erfurt bereits im März die Landesregierung aufgefordert, „die Mitteilung der sächsischen Sicherheitsbehörden an das Thüringer Landeskriminalamt über die Ergebnisse der Wohnungsdurchsuchung bei Thomas S. in Chemnitz sowie über die dabei aufgefundene Adressliste mit den darin enthaltenen Namen und Informationen zu Mundlos und Zschäpe sowie weiteren heute als Unterstützer der NSU bekannten Personen sowie alle hiermit im Zusammenhang stehenden Vorgänge über anschließende Maßnahmen“ zu übergeben. Die Erfüllung dieses Beweisan-

## V-Mann-Tätigkeit eines NSU-Beschuldigten wirft für Thüringer Ausschuss neue Fragen auf

trages steht bislang noch aus. Nach Aussage von Martina Renner finden sich in den Unterlagen des Ausschusses Hinweise, dass auch das Thüringer Landeskriminalamt beabsichtigte, eine eigene V-Person in die militante Neonazi-Struktur „Thüringer Heimatschutz“ (THS), aus dem sich das Terrornetzwerk NSU entwickelte, einzuschleusen. „Bislang hat die Landesre-

gierung den Einsatz von V-Personen der Polizei im THS in parlamentarischen Anfragen immer verneint.

*Martina Renner, Innenexpertin der Linksfraktion und stellvertretende Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses, sowie Katharina König, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion und Mitglied des Ausschusses, vor Beginn der Ausschlusssitzung (v.l.).*



gierung den Einsatz von V-Personen der Polizei im THS in parlamentarischen Anfragen immer verneint.

Der Aktenhinweis wirft nun die Frage auf, ob dies der Wahrheit entspricht. Angesichts immer neuer Veröffentlichungen über V-Personen, zurückgehaltene Informationen und Unterlagen ist die Glaubwürdigkeit der Sicherheitsbehörden erheblich gestört, betonte die Abgeordnete, die darauf verweist, „wenn es diese geplante V-Person gab, ist dringend zu klären, welche Informationen sie geliefert hat und welche Informationen der Zielfahndung gegebenenfalls aus dem Einsatz

### Aufklärung über rechtsextreme Vorkommnisse in der Polizei

Aufklärung gefordert hat Martina Renner auch nachdem Berichte über „private und dienstliche Kontakte“ ei-

ner Thüringer Polizeibeamtin zu Neonazis bekannt geworden waren. „In der Vergangenheit gab es in Thüringen mehrfach Vorfälle, bei denen Verdachtsmomente im Raum standen, Polizeibeamte könnten der neonazistischen Szene angehören oder mit dieser sympathisieren.

Auch verschwanden aus Polizeikreisen Unterlagen oder Daten, die später in der rechten Szene wieder auftauchten, und in mindestens einem Fall erfolgte auch ein Rückkaufangebot von hochrangigen Thüringer Neonazis für eine 1998 abhanden gekommene Geheimakte der Erfurter Polizeiinspektion

Mitte zur Neonaziszene“, erinnerte die Abgeordnete. In einem Zeitungsbericht der Thüringer Allgemeine aus dem Jahr 2000 über den durch einen Polizeibeamten auf einer Feier von Angehörigen der Polizeidirektion Gotha gezeigten Hitlergruß teilte das Innenministerium damals mit, dass in drei Fällen in den 1990er Jahren Polizeibeamte wegen neonazistischer Aktivitäten belangt wurden.

„Es geht nicht darum, einen Generalverdacht gegen Thüringer Polizeibeamte zu formulieren. Angesichts der aktuellen Brisanz im Zusammenhang mit der Aufklärung der Taten des NSU ist das Thüringer Innenministerium aber angehalten, Transparenz zu schaffen, so wie es etwa das Baden-Württembergische Innenministerium mit seinem Bericht zu „möglichen rechtsextremistischen Aktivitäten innerhalb der Polizei im Baden-Württemberg“ im August dieses Jahres vorgemacht hat“, so Martina Renner, die eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gerichtet hat. Sie möchte Auskunft, wie viele rechtsextreme Vorkommnisse innerhalb der Thüringer Polizei dokumentiert wurden, wo Thüringer Polizeibeamte Mitglieder in neonazistischen Organisationen waren oder an rechten Demonstrationen und Konzerten teilnahmen.

**Ausführliche Informationen zum NSU-Untersuchungsausschuss unter dem Button „Nazi-Terror&VS-Skandal“: [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)** ■

## Für spitzelnde Neonazis ein günstiger „Spitzelsteuersatz“?

Mit Verweis auf die Enthüllungen, wonach deutsche Geheimdienste bis zu 40 Spitzel in der Neonazi-Organisation „Thüringer Heimatschutz“ führten, forderte Katharina König Aufklärung von der Landesregierung zur damaligen und gegenwärtigen Finanzierungspraxis von Spitzeln des Thüringer Verfassungsschutzes vor dem Hintergrund möglicher Steuerhinterziehung und Sozialleistungsbetrug.

„Nach unserem Kenntnisstand erhielten mehrere Neonazi-Spitzel aus Thüringen Honorarsummen im fünf- und sechststelligen Bereich – viel Geld, das sich auch zur Produktion von Propaganda-Artikeln, dem Ankauf von Waffen oder dem Ausbau von rechten Strukturen nutzen ließe. Doch nicht nur die direkte Finanzierung von Neonazis ist skandalös.

Es stellt sich auch die Frage, ob spitzelnde Sozialleistungsbezieher, wie Empfänger von Arbeitslosengeld, ihrer Mitwirkungspflicht nachkamen und die Zusatzverdienste dem Arbeitsamt mitteilten. Außerdem ist weiterhin fraglich, ob das Landesamt die Honorare oder seine V-Leute selbst ihre Nebeneinkommen beim Finanzamt versteu-

ert haben“, so die Abgeordnete der Linksfraktion.

Der ehemalige Präsident des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz Helmut Roewer erklärte, dass zwischen 1994 und 2000 rund 1,5 Millionen Euro in bar an V-Leute ausbezahlt



*Bundesweit bekannt - und von Journalisten genutzt - ist inzwischen die Live-Berichterstattung über die öffentlichen Sitzungen des Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses auf den Internetseiten von Katharina König unter [www.haskala.de](http://www.haskala.de). Im Foto der ehemalige Innenminister Richard Dewes, der am 11. September befragt wurde.*

wurden. König hat deswegen drei Kleine Anfragen bei der Landesregierung eingereicht und bittet um Auskunft zur Steuerungspraxis des Thüringer Verfassungsschutzes.

Sie verweist ebenso darauf, dass offenbar für das Verfassungsschutz-Bundesamt vor sechs Jahren ein Sondersteuersatz in Höhe von zehn Prozent gültig war, welcher deutlich unter dem Spitzensteuersatz für Einkommen lag (2006: 42 Prozent), selbst der Eingangssatz liegt mit 15 Prozent noch darüber.

Das lasse den Schluss zu, dass spitzelnde Neonazis steuerrechtlich begünstigt wurden. „Sollte der Verfassungsschutz auf seine Honorare an V-Leute Steuern nicht ordnungsgemäß abgeführt haben, so müssen wir darüber reden, inwiefern hier auch Steuerhinterziehung aktiv gefördert wurde. Und hätte das Amt tatsächlich zehn Prozent Spitzelsteuersatz an den Fiskus abgeführt, dann scheint wohl die Tätigkeit als nachrichtendienstlicher Informant durch die steuerliche Begünstigung zu den lukrativsten Einkommensquellen in Deutschland zu gehören“, so Katharina König. ■

## Im Ku-Klux-Klan

Katharina König hat dem Bundestagsuntersuchungsausschuss dringend geraten, dem Untersuchungsausschuss in Thüringen zugängliche Unterlagen zu Verbindungen des verbotenen Neonazi-Netzwerkes Blood & Honour und der deutschen Struktur des Ku-Klux-Klan als Aktenvorlage heranzuziehen. „Aus den Unterlagen gehen nach unserer Überzeugung weitere und ausführlichere Informationen zu Verbindungen zwischen den neonazistischen Strukturen wie bspw. zwischen Blood & Honour und dem Ku-Klux-Klan hervor.“

„Sie liefern aber auch Anhaltspunkte für das Engagement weiterer Polizisten im Ku-Klux-Klan“, so das Mitglied des Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses. Katharina König verwies darauf, dass eben jene Mitgliedschaft von Polizisten aus der Einheit der von dem neonazistischen Terrornetzwerk NSU ermordeten Michele Kiesewetter im Ku Klux Klan zu öffentlichen Debatten und auch zu einem Bericht des Baden-Württembergischen Innenministeriums über „Mögliche rechtsextremistische Aktivitäten innerhalb der Polizei Baden-Württemberg“ geführt hat. ■